

Pressemitteilung

DATUM Saarlouis, 02.05.2026
SEITEN 2
NUMMER 13

Klaus Hoffmann
Beauftragter für
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. +49 68 31 / 507 11 31

k.hoffmann@freie-waehler-saar.de

Pressefreiheit im Fokus: Kritik an Verfassungsschutz-Novelle im Saarland

Die Freien Wähler warnen vor möglichen Einschränkungen der Pressefreiheit durch die Reform des Verfassungsschutzgesetzes und fordern eine transparente Überprüfung der Auswirkungen.

Saarlouis, 02.05.2026. Die Freien Wähler im Saarland nehmen die im Landtag verabschiedete Novelle des saarländischen Verfassungsschutzgesetzes mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis. Aus unserer Sicht betreffen die beschlossenen Änderungen einen besonders sensiblen Kernbereich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die Pressefreiheit ist nicht nur verfassungsrechtlich geschützt, sondern eine tragende Säule der Demokratie. Sie schafft Transparenz, ermöglicht die Kontrolle staatlichen Handelns und sichert die freie Meinungsbildung. Vor diesem Hintergrund ist es essenziell, dass Journalistinnen und Journalisten unter einem besonderen Schutz stehen. Dieser spiegelt ihre Rolle als unabhängige Kontrollinstanz gegenüber staatlicher Macht wider.

Nach aktuellen Einschätzungen besteht die Gefahr, dass Medienschaffende künftig leichter von Maßnahmen des Verfassungsschutzes betroffen sein könnten. Gleichzeitig wird kritisch bewertet, dass bisherige Schutzmechanismen abgeschwächt und unabhängige Kontrollinstanzen weniger stark eingebunden wurden.

Damit sind Fakten geschaffen worden, deren konkrete Auswirkungen sich erst in der Praxis zeigen werden. Bereits die Möglichkeit erleichterter Überwachungsmaßnahmen kann eine abschreckende Wirkung auf kritische Berichterstattung entfalten. Dies betrifft nicht nur Journalistinnen und Journalisten selbst, sondern auch die Öffentlichkeit, die auf freie und unabhängige Informationen angewiesen ist.

Ein weiterer zentraler Punkt ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in politische Institutionen. Freie Berichterstattung stärkt Transparenz – und damit Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in politisches Handeln. Gerade in einer Zeit, in der viele Menschen das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und Integrität politischer Entscheidungsträger verloren haben und politische Ränder zunehmend Zulauf erhalten, ist dies von entscheidender Bedeutung. Wird der Schutz der Pressefreiheit relativiert, kann dies das Vertrauen in demokratische Strukturen weiter schwächen und extremen Positionen zusätzlichen Raum geben.

Auch Fragen der Gleichbehandlung sind relevant: Eine mögliche Schlechterstellung von Journalistinnen und Journalisten gegenüber anderen geschützten Berufsgruppen steht im Spannungsverhältnis zu rechtsstaatlichen Prinzipien und bedarf sorgfältiger Prüfung.

Die Freien Wähler fordern daher eine transparente Überprüfung der Neuregelungen sowie die klare politische Bereitschaft zur Nachsteuerung. Ziel muss es sein, die Sicherheit im Land zu gewährleisten, ohne die Pressefreiheit als unverzichtbare Grundlage der Demokratie zu gefährden.